

Gemeinsam gegen Abwälzung der Krisenlasten und Hetzkampagnen

In allen europäischen Ländern greifen die Herrschenden die sozialen Errungenschaften der Werktätigen an: Sozialkürzungen, Heraufsetzung des Rentenalters, Lohnsenkungen, Massenentlassungen im öffentlichen Dienst, Privatisierungen öffentlicher Güter... Diese Angriffe ähneln sich in den unterschiedlichen Ländern auffallend. In vielen Ländern gibt es große Protestbewegungen - Demos, Streiks, Platzbesetzungen - gegen den Sozialraub wie in Griechenland, Spanien, Portugal, Italien, Großbritannien. Die Gleichzeitigkeit von großen Streiks in vielen Ländern und ihre fast universelle Ausweitung sind außergewöhnlich. Was fehlt ist eine Koordinierung – z.B. gemeinsame Aktionen am gleichen Tag, um den Druck auf die Regierenden zu verstärken und die Solidarität und gegenseitige Unterstützung zu entwickeln.

Ein erster Ansatz war die Demonstration am 17. September von 50.000 Gewerkschaftern aus vielen Staaten Europas in Wroclaw/Polen. Dort tagten an diesem Tag die EU-Finanzminister. Mit der Demonstration brachten die Teilnehmer ihren Unmut über die verheerende Politik der Verantwortlichen für die Krise, nämlich die Banken und die ihnen willigen Regierungen, zum Ausdruck. Im Mittelpunkt der Kritik standen die Deregulierung von Arbeitsstandards, Prekarisierung und Arbeitslosigkeit, wachsende Einkommensunterschiede und soziale Spaltung sowie Rentenkürzungen und Eingriffe in die nationalen Rentensysteme.



Im Mittelpunkt der Berichterstattung der Medien war allerdings die Tagung der EU-Finanzminister, die Demonstration wurde nicht oder nur am Rande erwähnt. Solche Informationspolitik geht einher mit Hetzkampagnen in den Medien gegen z. B. die griechischen KollegInnen, die als Faulenzer und Schmarotzer abgestempelt werden.

Unsere Aufgabe hier ist, uns mit unseren Kolleg/Innen, die sich in Irland und Großbritannien, in Spanien, Portugal, Frankreich, Griechenland... gegen die Abwälzung der Krisenlasten wehren, zu solidarisieren. Nehmen wir Verdi-Chef Bsirske beim Wort, der beim Gewerkschaftstag in Leipzig den spanischen, italienischen und portugiesischen Gewerkschaften, die gegen diese Politik Generalstreiks organisiert haben, die Solidarität von ver.di versicherte. Fordern wir Taten ein, damit dies nicht leere Worte bleiben. Gemeinsame Kämpfe sind wichtig, um die Angriffe auf unsere sozialen Standards abzuwehren. Wir müssen eine Abwärtsspirale verhindern. Die Absenkung von sozialen Standards in einem Land werden weitere Absenkungen in anderen Ländern nach sich ziehen.

Deutschland ist eins der wenigen Länder, wo es bisher wenig Proteste gab und gibt. Doch auch hier wurden die Krisenlasten auf die Werktätigen abgewälzt. Unser wichtigster Beitrag der Solidarität muss sein, in Deutschland Schluss zu machen mit der Standortlogik, mit Lohn- und Sozialdumping. Wir müssen bei uns wieder soziale Verbesserungen durchsetzen. Die Streiks und Massenaktionen unserer KollegInnen in Spanien, Griechenland, Italien und Portugal... sind uns Vorbild.

Treten wir den Hetzkampagnen der Medien gegen Protestbewegungen in anderen Ländern entgegen. Zeigen wir praktische Solidarität, z.B. bei den für Oktober geplanten Streiks in Griechenland (5.10. – Streik im Öffentlichen Dienst, 19.10. Generalstreik). Verhindern wir hier weitere Angriffe auf unsere sozialen Errungenschaften.

Sekretariat der Gewerkschaftslinken

Aus dem Nachruf für Hans-Werner Krauß im Express von KollegInnen des BaSo-Chemiekreises Hans-Werner hat Geschichte geschrieben

Wir haben unseren Freund und Weggefährten Hans-Werner Krauß am 9. September 2011 verloren. Wir empfinden Hans-Werners Tod als schweren Verlust, weil wir viele Jahre mit ihm zusammen in den Betrieben der chemischen Industrie und darüber hinaus für Arbeitnehmerinteressen gefochten haben. ...Hans-Werner ist nicht denkbar ohne sein jahrzehntelanges Engagement im Chemiekreis. Er war eine tragende, organisierende und offensive Kraft der „Chemieopposition“. ...Nach der Aufspaltung der Chemie- und Pharmakonzerne um die Jahrtausendwende war aus Sicht vieler Chemiekreisler die Orientierung auf die Branche und den Großbetrieb nicht mehr zeitgemäß. Aus diesem Grunde gründeten wir 2004 die Basisinitiative Solidarität (BaSo), deren Gründungsmitglied Hans-Werner war. Er vertrat uns auch in der Initiative für die Vernetzung der Gewerkschaftslinken (IVG)...

Wir wollen unsere Arbeit im Geiste unserer gemeinsamen „Utopien“ fortführen: Emanzipation, gesellschaftliche Alternativen, wirkliche Demokratie, das bleiben aktuelle Aufgaben angesichts einer gesellschaftlichen Unordnung und Ratlosigkeit, die einem Angst machen können. Wir trauern um unseren Mitstreiter, den wir auf dem Weg für ein besseres Leben verloren haben.

Bertolt Brecht:

Es gibt jene, die einen Tag kämpfen; und dafür sind sie gut;
Es gibt jene, die viele Tage kämpfen; und dafür sind sie sehr gut;
Es gibt jene, die jahrelang kämpfen; und die sind besser;
Aber es gibt jene, die eine Lebensdauer lang kämpfen; die sind unentbehrlich.

Kolleginnen und Kollegen des BaSo-Chemiekreises
Erschienen in: express, Nr 8-9/2011

Und arm bist Du!

Experten schätzen für Deutschland: 2,5 Millionen arme Alte in 10 Jahren

Dabei muss man/frau wissen, Armut berechnet sich hierzulande nach dem Durchschnittseinkommen. Arm ist, wer unter 60% des Durchschnittsverdienstes fällt. Also: wenn Alle verelenden, steigt die offizielle Zahl der Armen nicht (wegen Durchschnittsbetrachtung). Trotzdem: Selbst dieser verqueren Logik nach wird die offizielle Altersarmut sprunghaft ansteigen. Erst recht aber die gefühlte Armut, die schlicht aus Unterversorgung entspringt.

Der Rentenklau ist vielfältig

- Die **Renten Anpassung** ist an die durchschnittliche Lohnentwicklung gekoppelt, aber die deutschen Reallöhne, (sogar bei Normalarbeitsverhältnissen in tarifgebundenen Betrieben) sinken und sinken. Erst recht sinken die Durchschnittslöhne (und damit alle Renten) durch die rapide Zunahme des Anteils der Niedriglöhner. Bereits mehr als 1/3 aller Beschäftigten sind prekär beschäftigt.
- Die **Niedriglöhner** selbst haben gar keine Chance, der Altersarmut zu entkommen. Selbst Durchschnittsverdiener bräuchten heute 40 Beitragsjahre um bei der Rente die offizielle aktuelle Armutsgrenze von 925 Euro zu knacken. Niedriglöhner bräuchten 50 Jahre.
- Wer gar zeitweilig arbeitslos ist oder sonst **Lücken** in der Erwerbsbiografie aufweist, fällt sowieso durch die Ritzen!
- Der DGB hat im März 2010 neue **Tarifverträge für Leiharbeiter** unterschrieben, mit Löhnen, welche die Armut spätestens im Alter festschreiben.
- Darüber hinaus wird die Renten Anpassung, durch den schon von „rot-grün“ eingeführten „**Nachhaltigkeitsfaktor**“, gesenkt, einfach weil die Zahl der Anspruchsberechtigten im Verhältnis zu den Beschäftigten steigt.
- Die **Anhebung des Renteneintrittsalters** wirkt sich zusätzlich zur Rentenminderung aus, weil kaum jemand bis 67 arbeiten kann. Diese Anhebung ist bekanntlich nichts anderes als ein Programm zur Senkung der Renten durch Anhebung der Abschläge. Das Finanzministerium diskutiert bereits die nächste Erhöhung auf dann 69 Jahre.



- Die **Privaten Zusatzversicherungen** heben nicht, wie der Titel suggeriert, den Lebensstandard, sondern verlagern nur die Finanzierung der sinkenden Renten. Permanente Einzahlungen können sich zumindest Geringverdiener gar nicht leisten und es wäre auch dumm, das zu tun. Weil, wer sich's trotzdem vom Mund abspart und später in der Grundsicherung landet, hat noch nicht einmal was davon, es wird nämlich angerechnet. Wer 35 Jahre lang geblecht hat und 700 € Rente bekommt, hat genau soviel in der Tasche wie der, der das Geld verbraucht hat.
- Das will von der Leyen jetzt ändern. Sie plant eine **Zuschuss- Rente**. Wer sein Leben lang Geringverdiener war, soll dafür belohnt, die Rente auf 850 € aufgestockt werden. Scheinbar eine milde Gabe, in Wahrheit eine Mogelpackung. Bedingung soll nämlich sein, dass 35 Jahre lang in die Riester-Rente einbezahlt wurde. So erweist sich das „Geschenk“ als Zwangsmaßnahme. Statt lebenslanglich unterbezahlte Arbeit (an der die Unternehmer verdienen) auf diese Weise (an der die

Versicherungen verdienen) zu „belohnen“, muss Leiharbeit und sonstige prekäre Beschäftigung verboten werden.

Nun hat der DGB von der Bundesregierung ein Sofortprogramm gegen Altersarmut gefordert. Die Rentenbeiträge dürften nicht gekürzt werden. Also die Einnahmen der Rentenversicherung sollen nicht sinken. Die wichtigsten Forderungen sind:

- Rente nach Mindesteinkommen, d.h. Aufstockung der Rentenansprüche für langjährig Versicherte, wenn diese unterdurchschnittlich verdient haben
- Aufwertung der Erwerbsminderungsrente, die von 20 % aller Rentner bezogen wird
- Aufstockung des Rehabilitationsbudgets der Rentenversicherung
- Flexible Übergänge in den Ruhestand ab 60 Jahren, etwa über Aufwertung der Teilrente.

Der DGB bleibt bei seiner Ablehnung der Rente mit 67, das wird noch einmal betont. Aber bei den Forderungen zum „Sofortprogramm“ taucht dies nicht auf.

Wer den Reichen nichts nimmt, kann den Armen nichts geben

Für Bankenrettungsschirme sprudeln Abermilliarden. Von einem Rettungsschirm gegen Altersarmut hört man nichts. Es geht eben nicht nur darum, die Einnahmen der Rentenkassen stabil zu halten. Sie müssen ausreichen, um einen Lebensabend in Würde und gesichertem Wohlstand, auch ohne Zusatzversicherung, zu gewährleisten.

Die DGB- Forderungen sind bescheiden. Warum fehlen beispielsweise Forderungen

- nach Rücknahme aller Renteneinsparmaßnahmen?
- nach einer Bürgerversicherung, in die Alle einzahlen müssen?
- nach Rücknahme des Zwangs zur Privaten Renten-zusatzversicherung, bei Strafe der Altersarmut?

Fordern ist Silber, kämpfen ist Gold!

Außerdem sei dem DGB gesagt: Es genügt nicht, von der Regierung zu fordern. Wenn die eigenen Möglichkeiten nicht ausgeschöpft werden, kann das sogar den Charakter einer billigen Pflichtübung annehmen.

Die Forderungen richten sich auch an die Gewerkschaften selbst

- Für die Reallohnentwicklung und damit Erhöhung des Beitragsvolumens der Rentenkasse und der Renten-anpassungsansprüche sind sie maßgeblich zuständig.
- Statt Niedriglöhne tarifpolitisch festzuschreiben, muss die Forderung nach Verbot der Leiharbeit und anderer Formen der prekären Beschäftigung durchgesetzt werden und (bis dies erreicht ist) Equal Pay vom ersten Tag an. Das ist auch eine Forderung an die Betriebs- und Tarifpolitik.
- Gegen Rentenkürzungen und gegen die Rente mit 67 bedarf es einer breiten und entschlossenen Protestbewegung und Massenmobilisierung, wie sie 2007 erfolgreich begonnen, dann aber (unbegreiflicherweise) sang- und klanglos wieder eingestellt worden ist.

Manfred Jansen, Zukunftsforum Stuttgarter Gewerkschaften

Tagung des bundesweiten Bündnisses „Hände weg vom Streikrecht! Für volle gewerkschaftliche Aktionsfreiheit“



Da die Vorstände von ver.di, DGB und IG-Metall aber deutlich gemacht haben, dass sie weiterhin von der Richtigkeit ihrer Initiative überzeugt sind, und auf „anderen Ebenen“ ihr Ziel weiterverfolgen wollen, fand am 10. September in Kassel die Tagung der bundesweiten Initiative „Hände weg vom Streikrecht! – Für volle gewerkschaftliche Aktionsfreiheit“ mit über 40 Teilnehmern statt, um das weitere Vorgehen zu beraten und abzusprechen.

Arbeitsrechtler **Prof. Wolfgang Däubler** referierte über die politische Einordnung der DGB-BDA-Initiative zur Einschränkung des Streikrechts und schlussfolgerte, dass die Gewerkschaftsoberen den Draht zur Basis total verloren haben. Denn: Sie haben nicht bemerkt, was sich da an Kritik bei den Mitgliedern gegen diese Initiative zusammenbraute. Auch habe die DGB-Spitze den wachsenden Einfluss der Spartengewerkschaften schlicht unterschätzt und sie habe auf viele Veränderungen in der Beschäftigtenstruktur keine adäquaten Antworten. Wenn die Tarifverträge gut wären, wäre es überhaupt kein Problem, am Prinzip der Tarifeinheit festzuhalten. Aber viele Tarifverträge wären grottenschlecht und mittlerweile sei die Tariflandschaft total zerklüftet. Seiner Einschätzung nach sei der jetzige Rückzug von DGB, ver.di und IG Metall aus der Initiative nur ein taktischer, über andere Wege würde der gleiche Inhalt wieder versucht werden, durchzusetzen.

Nach Wolfgang Däubler folgte ein Beitrag eines Vertreters der **GDL** - Stadtverkehr München, in der BusfahrerInnen der MVG organisiert sind. Viele der GewerkschaftsaktivistInnen sind ehemalige ver.di-Mitglieder, die ihre Gewerkschaft scharenweise in Richtung GDL verlassen haben. Mit der GDL wurden sie wieder aktionsfähig und haben erste Erfolge errungen. Der GDL-Vertreter führte aus, dass die GDL flachere Strukturen habe und vor allen Dingen arbeite, wie man sich eine Gewerkschaft vorstelle. Anschließend kam ein Beitrag der **FAU**, deren Vertreter einige Beispiele für den Kampf der anarchosyndikalistischen Föderation vorstellte. Der letzte Referent war ein Wissenschaftler der Uni Kassel, der einen Überblick über die „Branchengewerkschaften“ lieferte.

Nach einer Mittagspause stellte **Willi Hajek** 10 Thesen zur Tarifeinheit vor, die anschließend diskutiert wurden. In These 9 heißt es: „In Zukunft werden sicherlich Streikbewegungen von Minderheitsgewerkschaften zunehmen, wichtig dabei ist, dass solidarische Initiativen versuchen, diesen Konflikten eine gesellschaftliche solidarische Orientierung zu geben und sie nicht einfach als berufsspezifische Konflikte einengen zu lassen.“

Die Tagung beschloss einstimmig eine „**Kasseler Erklärung**“ sowie eine **Solidaritätsadresse** an die Beschäftigten der outgesourcten Bereiche der Berliner Charité Kliniken (CFM).

Im Kasten sind einige Auszüge aus der Kasseler Erklärung. Die vollständige Erklärung ist im Labournet unter:

www.labournet.de/diskussion/gewerkschaft/tarifpolitik/tarifeinheit.html

Zusammen mit der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände (BDA) hatten die Vorstände des DGB und seiner Einzelgewerkschaften im Juni 2010 mit ihrer Gesetzesinitiative zur Tarifeinheit versucht, das Streikrecht zu beschneiden. Minderheitsgewerkschaften sollte eine Friedenspflicht (und somit ein generelles Streikverbot) aufgezwungen werden. Damit verstiegen sich DGB und BDA dazu, einen Angriff auf die Koalitionsfreiheit zu führen. Durch eine breite Protestwelle von gewerkschaftlichen Gremien, aber auch Arbeitsrechtlern, konnte diese Initiative gestoppt werden.

....Wir treten für die Ausweitung der Beteiligungsmöglichkeiten von Gewerkschaftsmitgliedern an der Willensbildung ein, auch und gerade in Situationen gewerkschaftlichen Kampfes! Vor allem wollen wir eine Transparenz bei Tarifverhandlungen.

....und in anderen Gewerkschaften.

Spartengewerkschaften entschließen sich bei der Durchsetzung ihrer Tarifpolitik eher zu Kampfmaßnahmen bis hin zum Streik als so manche Einzelgewerkschaft des DGB. Damit gelingt es ihnen, KollegInnen anzusprechen und einzubeziehen. Allerdings geraten auch sie in Widersprüche bei der Beteiligung von KollegInnen, wenn es um Entscheidungsprozesse über die Fortsetzung oder den Abbruch von Streiks geht. Auf der Grundlage einer grundsätzlich sozialpartnerschaftlich verorteten Politik sind – wie bei den DGB-Gewerkschaften – tendenziell undemokratische Prozesse feststellbar.

Sozialpartnerschaftliche Praktiken stehen einer konsequenten Durchsetzung der Interessen der KollegInnen entgegen. Standortideologie – ob auf betrieblicher, Konzern- oder nationaler Ebene – lehnen wir ab. Wir brauchen stattdessen übergreifende Solidarität gegen die Macht des Kapitals.

Darüber hinaus wollen wir:

- **Ausweitung statt Einschränkung des Streikrechtes! Das Recht auf politischen Streik bis hin zum Generalstreik müssen wir uns nehmen!**
- **Gemeinsam gegen Dumping-Politik der UnternehmerInnen und deren Pseudo-Gewerkschaften statt jeder für sich (DGB und Spartengewerkschaften).**
- **Solidarische Aktionen über alle Gewerkschaftsgrenzen hinweg statt sich gegenseitig zu blockieren!**

Solidaritätserklärung mit den Beschäftigten bei der CFM (Charité Facility Management):

Hiermit erklären wir unsere uneingeschränkte Solidarität mit den Beschäftigten bei der Charité-Tochtergesellschaft CFM für einen Tarifvertrag und eine Angleichung der Löhne und Arbeitsbedingungen an das Charité-Niveau. Wir wünschen viel Erfolg bei diesem wichtigen Arbeitskampf. Die Beschäftigten der CFM kämpfen für einen Tarifvertrag und gegen Hungerlöhne und Prekariisierung. Hier gibt es teilweise Löhne von 6,53 Euro, Einsatz von LeiharbeiterInnen und Befristungen von Arbeitsverträgen. ...Wir fordern von SPD und LINKE, dass sie unverzüglich dafür sorgen, dass die Forderungen der Beschäftigten vollständig erfüllt werden. Wir protestieren außerdem gegen den Einsatz von LeiharbeiterInnen und gegen die von Arbeitgeberseite ausgesprochenen Abmahnungen gegenüber KollegInnen, die sich im Mai am Streik beteiligt haben.

Leiharbeit muss verboten werden!

Die Zeitarbeitsbranche boomt, in zahllosen Betrieben werden Leiharbeiter/innen eingesetzt, statt sie in reguläre Verträge einzustellen. In vielen Betrieben laufen auch unter dem irreführenden Titel „Werkverträge“ verkappte Leiharbeit und damit verbunden Billiglöhne und unsichere Arbeitsverhältnisse. So werden reguläre Arbeitsplätze nicht nur in der privaten Wirtschaft, sondern auch im öffentlichen Dienst in ungesicherte, prekäre Arbeitsverhältnisse verwandelt. Das bedeutet ständigen Druck auf die Stammebelegschaften, um Löhne weiter zu drücken und immer mehr Flexibilität einzufordern.

Die unsicheren Arbeitsverhältnisse bringen dauernde Angst vor Arbeitslosigkeit und vor der Zukunft. Nur wenige schaffen es, über die Leiharbeit in eine feste Stelle zu kommen - nach einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft gerade einmal jeder Siebte! Der sogenannte Klebeffekt der Leiharbeit, der angebliche Übergang in ein reguläres Arbeitsverhältnis ist die Möhre, die die Zugtiere zu immer mehr Leistung antreiben soll. Die Regel ist, dass die Kolleginnen und Kollegen in kurzer Zeit wieder in die Arbeitslosigkeit entlassen werden.

Die IG Metall und andere Gewerkschaften greifen jetzt diese Probleme auf - das ist gut so! Aber nur ein Bruchteil der Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen ist gewerkschaftlich organisiert. Das ist verständlich, weil sie nicht sicher sein können, ob sie morgen weiter beschäftigt sein werden oder nicht. Sie haben meistens auch keine eigene Interessenvertretung in den Entleihbetrieben, sondern sind auf die Hilfe der Betriebsräte der Stammebelegschaft angewiesen. Die Stammebelegschaft wiederum sieht die Leiharbeiter als Lohndrucker, was zwar das Ziel der Unternehmer ist, wofür die Leiharbeiter selbst aber nichts können. Die Belegschaften werden gespalten.



Es ist gut, wenn die IG Metall „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ fordert. Aber das reicht nicht. Es müssen auch Schichtzuschläge, Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld und Urlaubsdauer gleich sein! Es hilft auch nicht weiter, wenn dafür im Gegenzug die Unternehmen freie Hand bekommen, bestimmte Quoten von Leiharbeiter/innen einstellen zu dürfen! Unser Ziel muss das **Verbot der Leiharbeit** sein! Ein Schritt dahin ist, die **Übernahme aller Leihkolleg/innen in reguläre Arbeitsverhältnisse bei ihrem letzten Entleiher** zur gemeinsamen Forderung für alle zu machen!

Es ist klar, dass bei noch immer 4 Mio Arbeitslosen das nur geht, wenn die Arbeitszeit soweit verkürzt wird, dass alle Arbeit bekommen. Deshalb sagen wir: **Volle Durchsetzung der 35-Stundenwoche und weitere Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich.**

Damit die Lohndrückerei sofort aufhört, ist ein gesetzlicher Mindestlohn von mindestens 10 Euro nötig (Lohnsteuerfrei).

11 Euro wären nötig, um als RentnerIn nicht auf Hartz IV angewiesen zu sein!

Das sind zwei wichtige Forderungen. Deshalb muss der DGB-Leiharbeitsvertrag, der Löhne unter dem Equal-Pay-Niveau möglich macht, gekündigt werden. Wir rufen alle Leihkolleginnen und -kollegen auf, sich in Gewerkschaften zu organisieren und gemeinsam für gemeinsame Interessen zu kämpfen

Mit diesem Konzept können wir bis zu einer Abschaffung der Leiharbeit dem Missstand entgegenzutreten, dass diese ständig missbraucht wird, um die Arbeitsintensität zu steigern, die Löhne zu drücken und rechtlose Zustände zu schaffen!

Gegen den Missbrauch von Werkverträgen als verkappte Leiharbeit fordern wir: Betriebsräte und Belegschaften müssen das Recht haben, alle Werkverträge zu kontrollieren!

Wir erwarten von den Betriebsräten, dass sie alle Möglichkeiten nutzen, um Leiharbeit im Betrieb zu bekämpfen. Wir erwarten von den Gewerkschaften, dass sie Stammebelegschaften und Leihkräfte gemeinsam mobilisieren, um Druck auf die Regierung und die Unternehmer auszuüben!

Metallertreff des Zukunftsforums Stuttgarter Gewerkschaften

Folgender Antrag wurde auf der 19. Frauenkonferenz der IG Metall im Februar 2011 beschlossen:

Thema: Abschaffung prekärer Beschäftigungsverhältnisse

Der Vorstand der IG Metall wird aufgefordert, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln auf die Politik einzuwirken, dass die Abschaffung prekärer Beschäftigungsverhältnisse erreicht wird. Bei der Schaffung von sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung ist ein Einkommen zum Auskommen unser Ziel.

Die Delegierten der 19. Frauenkonferenz der IG Metall fordern den Vorstand der IG Metall auf, die Themen prekäre Beschäftigung weiterhin als Schwerpunkte in der gewerkschaftlichen Arbeit zu priorisieren. Gerade Frauen sind häufig von prekären Beschäftigungsverhältnissen betroffen. Ziel ist die Möglichkeit für alle erwerbsfähigen Frauen und Männer, einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachzugehen. Dabei verlangen wir, dass für gleiche Arbeit auch gleiches Geld gezahlt wird.

Impressum:

Sekretariat – Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken
Hans Kroha – Klaus Peter Löwen – Christa Hourani –
Christiaan Boissevain

Tel: 06182/782306

E-Mail: HKroha@t-online.de

Redaktionsschluss: 26. Sept.2011